

ZEITUNG SOLINGEN

Ausgabe 02/2012

Spendenpreis: 0,50 €

AKTIV

Das unabhängige und überparteiliche Sprachrohr von Bürgern für Bürger



Haushalt 2012/2013
...auf Sand gebaut

Nicht auf Kosten der Bürger sparen!



Mach' doch selbst mal Kommunalpolitik ...

Unter diesem Motto haben sich Solinger Bürgerinnen und Bürger zusammen gefunden um im Dezember 2003 das überparteiliche Personenwahlbündnis SOLINGEN AKTIV zu gründen. Sie alle waren mit der Politik der bis dahin im Solinger Stadtrat vertretenen Parteien nicht mehr einverstanden. Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Lehrer, Erzieher, Arbeitslose, Schüler, Rentner und Hausfrauen waren unter den Gründungsmitgliedern von SOLINGEN AKTIV. Seit dem hat sich SOLINGEN AKTIV zu der **oppositionellen Kraft** in Solingen entwickelt, die konsequent für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger eintritt.

Wir sind überparteilich, unbestechlich, finanziell unabhängig und demokratisch organisiert. Wir versprechen nicht, stellvertretend für die Bürger „alles besser zu machen“ sondern möchten, dass immer mehr Menschen selbst aktiv für ihre Interessen werden – deshalb SOLINGEN AKTIV. Alleine kann man wenig erreichen – organisiert und gemeinsam wurden schon viele Erfolge erkämpft!

Werden auch Sie gemeinsam mit uns aktiv!

Aus dem Inhalt:

- Ablehnung des Haushalt 2012/2013 S. 03
- Neue Daten zum Arbeitsmarkt
Ihre Meinung zur Zeitung ist gefragt! S. 04
- Braucht Ohligs ein neues Einkaufszentrum? S. 05
- Sekundar oder Grundschule –
...die Eltern sollen entscheiden S. 06
- Wer ist hier extremistisch? S. 07
- Rückkauf der Stadtwerke
Werbung und Anzeigen S. 08

Unsere Grundsätze von SOLINGEN AKTIV

1. Wir sind ein Bündnis von Personen, die sich durch die Parteien, die bisher im Stadtrat sind, nicht vertreten fühlen. Deshalb wollen wir aktiv kommunalpolitisch tätig werden.
2. Wir fühlen uns den Alltagsproblemen der einfachen Menschen verpflichtet und wollen ihr Sprachrohr im Rathaus sein.
3. Wir wollen auch andere Betroffene ermutigen, für ihre Belange selbst einzutreten und werden sie nach Kräften dabei unterstützen, ihre Interessen durchzusetzen.
4. Wir sind überparteilich, das heißt keiner parteipolitischen Richtung verpflichtet. Bei uns können Menschen unterschiedlicher Weltanschauung, Parteilose und Parteigebundene gleichberechtigt zusammenarbeiten.
5. Wir stehen für die Gleichberechtigung aller in Solingen lebenden Menschen ein und wollen ihr solidarisches Miteinander fördern. Wir verstehen die kulturelle Vielfalt unserer Stadt als Bereicherung, die wir bewahren und fördern wollen.
6. Wir arbeiten auf antifaschistischer Grundlage und schließen die Teilnahme von Faschisten, Nationalisten und religiösen Fanatikern aus.
7. Wir sind finanziell unabhängig und finanzieren unsere Arbeit durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und eigene Aktivitäten.

Termine:

Jeden zweiten Montag (ungerade Wochen) **18.00 h**

Montagsdemo gegen HARTZ IV und Atomkraft
in der Clemensgalerie

5.12.2012 - 19.00 h

STAMMTISCH (2.5./6.6./4.7.)

im „La Habana Lounge“, Bergstr. 34 (hinter C&A)

6.12.2012 - 16.00 h

Ratssitzung im Theater

9.12.2012 - 16.00 - 19.00 h

Weihnachtsfeier von **SOLINGEN AKTIV**
im Cafe Courage, Klemens-Horn-Str.3

Impressum:

V.i.S.d.P.:
SOLINGEN AKTIV
Klemens-Horn-Str. 3
42655 Solingen

„Ein kleines gallisches Dorf“ gegen den Haushalt 2012/2013

Jedes Jahr dasselbe Spiel: die Stadt und die meisten Parteien im Stadtrat jammern über ein Millionenloch im städtischen Haushalt – und das soll auf Kosten der einfachen Solinger Bürger gestopft werden. So auch wieder in diesem Jahr für die Haushalte 2012 und 2013, die am 27. September im Stadtrat von fast allen Parteien ver-



ab-schiedet wurden.

Aber nur "fast"! Denn ein "kleines Gallisches Dorf", genannt SOLINGEN AKTIV mit Gabi Gärtner als seiner Vertreterin im Stadtrat hat als einzige wie in den letzten Jahren den unsozialen Haushalt abgelehnt.

Gute Gründe den unsozialen Haushalt abzulehnen !

1. Der Haushaltsplan ist auf Sand gebaut. Kämmerer Weeke nennt „drei wesentliche Rahmenbedingungen“ für das Gelingen dieser Haushaltspläne: so in den „nächsten 15 Jahren strukturell stabile wirtschaftliche Verhältnisse“, keine weitere Abwälzung von Soziallasten von Bund und Land auf die Gemeinden usw. Schon wenige Wochen nach Erstellung des Haushalts war all das Makulatur. So hat die Landesregierung flugs mal 18 Millionen Euro weniger an Schlüsselzuweisungen für die zur Verfügung gestellt. Eine seriöse Planung ist unter solchen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen aussichtslos.

2. Die Ursache der kommunalen Solinger Finanzkrise liegt nicht an der Masse der Solinger Bürger. Sie liegt an den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Denn zum einen werden die Mittel für die Daseinsvorsorge in den Kommunen von Land

und Bund immer mehr verkürzt. Und das zu Gunsten einer Umverteilung der zu Zeit üppig wachsenden Steuereinnahmen in den unersättlichen Rachen des Bundeshaushalts, von wo ihn dann Banken und Konzerne für Subventionen in Höhe von Hunderten Milliarden Euro abgreifen. Zum anderen steigen die Soziallasten für die Kommunen immer mehr: so nahmen die Ausgaben der Stadt für Sozialhilfe zwischen 2011 und 2012 um 16,8 % zu. Gabi Gärtner schrieb in ihrer Haushaltsrede:

„Deshalb wird auch diese Haushaltsrede nicht ohne deutliche Kapitalismuskritik bleiben: Wir werden uns keiner Politik beugen, in der die Kommunen regelrecht zurück gebaut werden: Bäder geschlossen, Grünflächen verwahrlost oder abgesperrt werden und städtische Gebäude verfallen. Und das in einer Gesellschaft, in der Produktivität, Reichtum und Fortschritt ständig steigen. Dass ausgerechnet die Banken an diesem rasanten Verschuldungsprozess noch verdienen zeigt, dass es um ‚Klassenpolitik‘ und nicht einfach alternativlose Sachzwänge geht ...

Angesicht völlig unberechenbarer gesamtgesellschaftlicher Rahmenbedingungen halten wir es für völlig aussichtslos, dass dieser Haushalt durch ‚Disziplin über Jahre und Wahlen hinweg‘ (so OB Feith) jemals saniert werden kann. Weil dieses aussichtslose ‚Sparen‘ auf Kosten der einfachen Leute aber die Substanz dieser Haushaltsentwürfe ist, lehnen wir sie ausdrücklich ab!“

3. Wir lehnen die Haushaltssanierung auf Kosten der einfachen Bürger ab:

Nein zum Abbau weiterer 39 Stellen bei der Stadt, nachdem schon in den letzten beiden Jahren 96 Stellen gestrichen wurden. Stattdessen **Ja** zur Reduzierung von kommunalen Stellen auf der höheren Ebene und vor allem bei den zum Teil korpfunötigen Geschäftsführerposten. Immerhin hat die Stadt diesem langjährigen Antrag von SOLINGEN AKTIV mit einer be-

schlossenen Einsparung von 500 000 Euro auf dieser Personalebene schon entsprochen.

Nein zur weiteren Einsparung von 200 000 Euro beim ÖPNV auf Kosten des Fahrplanangebots und der BusfahrerInnen. Stattdessen **Ja** zum weiteren Ausbau des ÖPNV!



Nein zur weiteren Verschlechterung des Sportangebots. So soll für das inzwischen einzige öffentliche Hallenbad Vogelsang nur noch ein „Notgrotschen“ bleiben. Und das Union-Stadion samt Kunstrasenplatz soll für 800 000 Euro abgerissen und stattdessen in Aufderhöhe ein weiterer Kunstrasenplatz gebaut werden. Und das, obwohl inzwischen belegt ist, dass das ehemalige Union-Gelände für die geplante lukrativen Wohnungsbebauung nicht geeignet ist.

Nein zur weiteren Erhöhung der Grundsteuer B, die fast alle Bürger bei eh schon überall steigenden Preisen betrifft. **Ja** stattdessen zur weiteren Erhöhung der Gewerbesteuer auf Kosten der gut verdienenden Industrie.

SOLINGEN AKTIV hat folgende Einsparvorschläge !

SOLINGEN AKTIV hat stattdessen andere Einsparvorschläge gemacht, die getreu dem Verursacher- und Gerechtigkeitsprinzip vor allem die Verursacher und Profiteure der Krise treffen würde:

Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung von S. 3

1. Einen staatlichen Rettungsschirm aus dem Bundeshaushalt nicht für Banken, sondern für Kommunen!
2. Ein Zinsmoratorium sowie ein zumindest teilweises Niederschlagen der Schulden bei allen Gläubigerbanken, von der stadteigenen Sparkasse künftig zinslose Kassenkredite sowie einen Konsolidierungsbeitrag an den kommunalen Haushalt in Höhe von 50 Prozent des Reingewinns.
3. Senkung der Kosten für Stadträte und Parteien um 423 000 Euro.
4. Ernsthaftes Verfolgen von sinnvollen Sparvorschlägen aus der Bürgerbefragung - so Solartechnik auf allen geeigneten städtischen Gebäuden.
5. Einführung höherer Beitragszahlungen für Kindertagesstätten bei Jahreseinkommen über 71 000 Euro im Jahr.

Gabi Gärtner schloss ihre Haushaltsrede mit der Versicherung:

SOLINGEN AKTIV wird daher den Protest der Bevölkerung weiter aktiv unterstützen, um Verschlechterungen abzuwenden und Verbesserungen zu erreichen, aber auch, um auf die gesellschaftlichen Hintergründe hinzuweisen. Denn nur so sind schrittweise Erfolge auf dem Weg gesamtgesellschaftlicher Veränderungen möglich, nur so können wir dem Übel der kommunalen Finanzkrise an Wurzel gehen. Verstärken wir den Protest und den Widerstand gegen das Ausbluten der Kommunen! Werdet aktiv, schließt euch zusammen!"

Arbeitsmarkt aktuell:

Arbeitslosigkeit steigt wieder

Im Oktober 2012 ist die Zahl der Arbeitslosen nicht saisonbedingt wieder gestiegen.

Im Bestand der Bundesagentur für Arbeit waren in Oktober.2012 18.414 Menschen als arbeitssuchend gemeldet.

Mit dem einhergehend waren 18.357 Menschen arbeitslos gemeldet. Die entspricht einer Quote von 12,6 %!. Überdurchschnittlich stark ist mit einem Anteil von 23,6% wieder die Personengruppe der über 15 bis unter 25jährigen betroffen.

Aber auch die über 50zigjährigen halten eine hohe Quote von 14,1%. Demgegenüber ist die Zahl der offenen Stellen um 26% zurückgegangen.

Zwar sind in den Arbeitsmarktzahlen auch diejenigen Personen mitgezählt, die in Weiterbildungen Umschulungen etc. untergebracht sind, (diese nicht steuerpflichtigen Beschäftigten ohne ein ordentliches Arbeitsverhältnis) weshalb die Bundesagentur auf nur 12.400 Arbeitslose und eine Quote von 8,3 % kommt.

Nicht mitgerechnet sind aber die sogenannten Unterbeschäftigten. Die Minijobber und die anderen Beschäftigten in prekären Arbeitsverhältnissen.

Derlei Zahlen werden von der Bundesagentur öffentlich nicht dargestellt. Dies gilt leider auch seit diesem Jahr für die Darstellung der kurzarbeitenden Betriebe.

Resümierend kann zum Jahresabschluss 2012 jedoch gesagt werden, das der große Aufschwung in der ersten Jahreshälfte nicht stattgefunden hat, die zweite Jahreshälfte schon wieder von einer Stagnation erfasst wurde und die Abwärtsspirale nun auch noch saisonal bedingt weiter nach unten reichen wird.

Große Leseraktion

Teilt uns Eure Meinung mit:

- ? Was war gut, was war schlecht an unseren Zeitungen? (Auch aus der Vergangenheit)
- ? Sind wir up to date? Können wir Euch nah an der Wirklichkeit informieren?
- ? Habt Ihr Vorschläge für die Zeitung?
- ? Würdet Ihr gerne selber Zeitung machen....?

Eure Zuschriften könnt Ihr per Brief an Solingen AKTIV oder aber als Leserbrief an unsere Homepage www-solingen-aktiv.de.tl richten.

Über zahlreiche Beiträge freuen wir uns sehr!



Homepage:

weitere Informationen auf unserer Homepage

www.sg-aktiv.de

Braucht Ohligs ein neues Einkaufszentrum...? So auf jeden Fall nicht !

SOLINGEN AKTIV war zunächst abgeschlossen für den Bau eines neuen Einkaufszentrums in Ohligs, um die Attraktivität der Ohligser Innenstadt noch weiter zu verbessern.

Allerdings wurden die wichtigsten Anregungen und Verbesserungen der Bürgerbeteiligung, insbesondere der Einzelhändler in Ohligs, nicht berücksichtigt und damit die Befürchtung, die es von Beginn an gab, mit dem dem Beschluss des Solinger Stadtrates vom 5.7.12 sogar fest geschrieben: Nämlich dass das O-Quartier nicht zu einer Stärkung und Erweiterung der bisher gewachsenen Einzelhandelsstrukturen beiträgt, sondern in Konkurrenz zu diesen gebaut wird. Ein Hintergrund ist, dass der Wettbewerb auch im Bereich

schwächt werden. Die Gesamtfläche der beiden neuen Zentren ist viel zu groß. Sie umfasst für Ohligs allein 55% der gesamten Einkaufskapazitäten. Hier geht es um den in unserer Städten stattfindenden Prozess der Verdrängung kleinerer Geschäfte, öffentlicher Einrichtungen usw. zugunsten großer, oft monopolisierter und auf spekulativen Finanzgeschäften beruhender Investoren-Modelle.

Was sind die konkreten Kritikpunkte, die immer wieder vorgebracht wurden:

- ◆ Der Eingang des neuen Zentrums befindet sich nicht auf der Düsseldorferstraße, sondern abgegrenzt von der Fußgängerzone auf der Aachenerstraße. Die vielfach geführten Diskus-

Kritisch – und sehr treffend – äußerte sich der bekannte Düsseldorfer Architekt Walter Brune: *„Die Politiker sind die Entscheidungsträger, die ... die Verantwortung dafür tragen, das Beste für die Stadt und deren Bürger zu tun und nicht das Beste für den Investor, der sich durch einen schnelleren Baubeginn einen schnelleren Gewinn erhofft. (...)“*.

Es ist völlig berechtigt, dass viele Ohligser Einzelhändler protestieren und sich über die Beschlüsse des Stadtrates ärgern. Zugleich zeigt sich: „Die Faust in der Tasche“, vereinzelter Protest oder Hoffen auf „eilvernehmliche Verhandlungen“ hat hier nicht ausgereicht bzw. wirksamen Protest sogar verhindert. SOLINGEN AKTIV lädt alle ein, künftig gemeinsam auch für die Stärkung des Solinger Einzelhandels aktiv zu werden.



Das ehemalige Gelände der Olbo Textilwerke steht zur Disposition

des Einzelhandels hart und unerbittlich ist: Die Einkaufszentren müssen hohe Renditeziele erfüllen, um größere Mieter und Einkaufsketten zu gewinnen. Dem ist eine Öffnung und sogar Stärkung der aus dieser Sicht „Konkurrenz“ der bisher gewachsenen Einzelhandelsstrukturen natürlich abträglich...

Diese Konkurrenz wird sicher stattfinden: Denn durch ein neues Einkaufszentrum werden die Menschen nicht mehr Geld zum Ausgeben in der Tasche haben. Zeitgleich wird auch ein neues Einkaufszentrum in der Solinger Stadtmitte gebaut. Auch hier besteht die Gefahr, dass die Fußgängerzonen mit ihrer gewachsenen Struktur ge-

sionen, wie das neue Einkaufszentrum die bisherige Struktur der Einkaufsstraße (Stichwort „Knochenprinzip“) stärkt, wurde so sehr ungenügend berücksichtigt.

- ◆ Es werden mehr als gefordert und zugesagt, Flächen für kleinere Geschäfte im O-Quartier ausgewiesen, die Konkurrenz statt Ergänzung zum bisherigen Angebot der kleinen Einzelhändler bedeuten können.

- ◆ Neuer Parkraum soll, statt auch der Düsseldorferstraße und ihrer „unteren“ Umgebung zu nutzen, am „anderen Ende“ und nur für Einkäufer im O-Quartier geschaffen werden.

Und noch ein Nachtrag: In der Ratsvorlage wurde die bis vor wenigen Jahren bestehende Firma „Olbo“ im Zentrum des Ohligser Stadtgebiet wie ein Schandfleck behandelt. Wer diese Firma einmal von innen, mit ihren beeindruckenden Industrie-Webstühlen gesehen und erlebt hat, wer diese Belegschaft kannte, der muss heute noch traurig über die Schließung dieses Werkes sein. SOLINGEN AKTIV hatte die Belegschaft im Kampf gegen die Schließung und Verlagerung nach Osteuropa unterstützt und damals geholfen eine Demonstration und verschiedene Protestaktivitäten zu organisieren. Immerhin arbeiteten dort mehrere Hundert Menschen unterschiedlichster Nationalitäten. Viele haben gar keine Arbeit mehr gefunden oder sind heute bei Leiharbeitsfirmen tätig. Wer also über das neue O-Quartier redet sollte immer auch daran denken, was hier vorher war und wofür es sich zu kämpfen lohnt.

Gabi Gärtner

Sekundarschule oder Gesamtschule?

Die Eltern sollen entscheiden.

Wichtige Veränderungen in der Bildungslandschaft in NRW stehen an und betreffen nun auch Solingen. Immer mehr Eltern sind mit der zu frühen Aufteilung ihrer Kinder nach dem 4. Schuljahr in die Hauptschule, Realschule oder das Gymnasium nicht mehr einverstanden. Seit Jahren schon müssen hunderte Kinder an den vorhandenen 3 Gesamtschulen in Solingen abgewiesen werden, weil die Kapazitäten nicht ausreichen.

Nachdem nun durch die stark zurückgehenden Schülerzahlen an den Hauptschulen deutlich wird, dass diese Schulform von den Eltern nicht mehr angenommen wird, reagierte die Politik mit einem Angebot an die Eltern, ihren Willen in einer Umfrage deutlich zu machen.

Solingen AKTIV begrüßt diese Umfrage ausdrücklich, auch wenn durch die Formulierung manche Fragen nicht eindeutig zu beantworten waren.

Es war schon immer unser Anliegen, Kindern ein längeres gemeinsames Lernen zu ermöglichen. Deshalb lag unsere Priorität immer auf der Einrichtung einer weiteren Gesamtschule um dem Elternwillen diesbezüglich nachzukommen.

Die Idee, die der neuen Sekundarschule zugrunde liegt, ist allerdings auch recht schlüssig. In Sekundarschulen lernen Kinder ebenfalls gemeinsam – ähnlich wie in den Gesamtschulen. Allerdings verfügen Sekundarschulen nicht über eine eigene gymnasiale Oberstufe, sondern sollen mit weiterführenden Schulen wie Berufskollegs, Gymnasien oder Gesamtschulen zusammenarbeiten.

Nach welchem genauen Grundkonzept die jeweilige Sekundarschule vor Ort arbeitet, entscheidet der Schulträger unter Beteiligung der Schulkonferenz. Auf jeden Fall soll in den Klassen 5 und 6 gemeinsamer Unterricht stattfinden.

Danach gibt es verschiedene Möglichkeiten. Entweder wird wie bisher an Gesamtschulen und Hauptschulen in einzelnen Fächern nach Leistung differenziert, oder es werden Klassen mit unterschiedlichem Lernniveau gebildet.

Je nach Leistungspotenzial werden Kinder auch an Sekundarschulen nach gymnasialen Standards unterrichtet, so dass auch einem späteren Besuch einer gymnasialen Oberstufe nichts im Wege steht.

Einen großen Vorteil sehen wir darin, dass die Klassenfrequenzrichtwerte auf 25 Kinder pro Klasse gesetzt wurden, was bei integrierter Beschulung auch zwingend notwendig ist. Die Sekundarschulen sollen 3-zügig geführt werden laut dem schulpolitischen Konsens in NRW. Das bedeutet, dass keine "Mammutschulen" entstehen. Dies ist entschieden besser für die soziale Entwicklung der Schülerinnen und Schüler.

Wenn Bedarf für eine 4-zügige Schule besteht, soll eine Gesamtschule mit eigener Oberstufe gegründet werden. Dafür würde ebenfalls der Klassenfrequenzrichtwert von 25 Schülern gelten.

Die Umfrage zeigte, wie erwartet, den Willen der Eltern nach der Errichtung einer weiteren Gesamtschule und einer Sekundarschule. Allerdings wird nicht ersichtlich, wie hoch jeweils das Votum für eine der beiden Schulen ausfällt.

Dies und Das...



Artikel gibt es schon, lag mir als Datei nicht vor

Gabriele hatte ihn geschrieben, aber nicht reinkopiert bekommen. Der Artikel müsste bei Christoph vorliegen, kann ich dann morgen Dienstag einfügen

Gabriele hatte ihn geschrieben, aber nicht reinkopiert bekommen. Der Artikel müsste bei Christoph vorliegen, kann ich dann morgen Dienstag einfügen
Gabriele hatte ihn geschrieben, aber nicht reinkopiert bekommen. Der Artikel müsste bei Christoph vorliegen, kann ich dann morgen Dienstag einfügen
Gabriele hatte ihn geschrieben, aber nicht reinkopiert bekommen. Der Artikel müsste bei Christoph vorliegen, kann ich dann morgen Dienstag einfügen
Gabriele hatte ihn geschrieben, aber nicht reinkopiert bekommen. Der Artikel müsste bei Christoph vorliegen, kann ich dann morgen Dienstag einfügen
Gabriele hatte ihn geschrieben, aber nicht reinkopiert bekommen. Der Artikel müsste bei Christoph vorliegen, kann ich dann morgen Dienstag einfügen
Gabriele hatte ihn geschrieben, aber nicht reinkopiert bekommen. Der Artikel müsste bei Christoph vorliegen, kann ich dann morgen Dienstag einfügen

*Herzlich
Ihr Muckelchen*

Wer ist hier extremistisch?

In der Begründung des Stadtrates zur Stärkung des Bündnisses für Toleranz wird **auch** nicht mehr vom Antifaschismus, sondern Kampf gegen „Extremismus jeglicher Art“ gesprochen.

In der Ausgabe der Zeitung der Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft vom 14.6.2012 hieß es zur Schädlichkeit der „Extremismusdebatte“ für gemeinsames antifaschistisches Vorgehen:

„In den vergangenen Jahren (...) warnten (konservative Politiker und Wissenschaftler), die ‚Gefahr des Linksextremismus‘ werde unterschätzt. ... Kolleginnen und Kollegen müssen sich dafür rechtfertigen, dass sie sich gegen Rechts engagieren und erklären, warum sie nicht auch Projekte gegen ‚Linksextremismus‘ machen.“

Dabei ist nicht nur die immer mit-schwingende Gleichsetzung beider Extreme äußerst fragwürdig, (...). Diese Sichtweise reduziert die politische Landschaft der Bundesrepublik auf das Bild, die demokratische Mitte sei von ‚feindlichen extremistischen‘ Rändern umgeben. (...) Aber auch bei Positionen, Gruppen oder Initiativen, die in den Berichten des Verfassungsschutzes (VS) als extremistisch eingestuft werden, fehlt zumeist eine Begründung, warum dies geschieht. Überprüft man die Texte genauer, erscheint das, was der VS als ‚linksextrem‘ einstuft, weitgehend willkürlich (...)

Damit wird Behörden, die als Teil der Exekutive selbst nicht frei von politischen Interessenslagen sind, überlassen, eine Grenze zwischen legitimer Kritik und Demokratiefeindlichkeit zu ziehen. (...)

Auch immer mehr andere antifaschistische Initiativen, die Verdigung Jugend usw. lehnen diesen Extre-

mismusbegriff deshalb inzwischen ab.

Leider hat sich auch Solingens OB diese Logik in letzter Zeit immer stärker zu eigen gemacht. Es kann nicht angehen, Initiativen in Solingen, die sich angesichts des Brandanschlages von 1993 und gegen Faschismus gegründet hatten, allgemein gegen den sog. „Extremismus“ auszurichten. Wir haben eine besondere ausdrücklich antifaschistische Verpflichtung!

SOLINGEN AKTIV fühlt sich vom Begriff des Extremismus nicht angesprochen. Leider wird er aber immer wieder und immer stärker durch bürgerliche Medien, Behörden und konservative Politiker gegen alle gesellschaftskritische Kräfte ausgeweitet. Diese Logik führt dazu, dass in Bayern der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes die Gemeinnützigkeit abgesprochen werden soll. Tausende Menschen umfassende Bündnisse wie „Dresden nazifrei“ werden kriminalisiert, weil darin Mitglieder der MLPD, DKP oder LINKEN mitarbeiten. Bundesfamilienministerin Schröder/CDU hat sogar die Dreistigkeit, nur solche Initiativen gegen Neofaschisten zu fördern, die sich ausdrücklich von sogenannten „Linksextremisten“ abgrenzen.

Die Definitionshoheit, was Extremismus sei, wird ausgerechnet dem Verfassungsschutz anvertraut, der 15 Jahre angeblich nicht merkte, dass die NSU systematisch Menschen ermordet, der Akten über die NSU-Mörder in den Reißwolf steckte, als ihre Verbrechen ans Tageslicht kamen, dessen Präsident auf Bundesebene und mehreren Landesebenen den Hut nehmen musste... Auch Solingen Aktiv wird mit Berufung auf diese Quellen in der etablierten Solinger Presse als

extremistisch eingestuft. Das ist nackte Willkür und Stimmungsmache, die mit der Realität unseres kommunalen Personenbündnisses nicht das geringste gemein hat.

Dass die Spaltung zwischen den unterschiedlichsten antifaschistischen und antirassistischen Kräften nur dem Faschismus nützt, haben wir leidvoll mit der Zeit des Hitlerfaschismus erfahren müssen. Das darf sich nicht wiederholen.

Wir schlagen dem Bündnis für Toleranz und Zivilcourage vor, den Extremismusbegriff in seiner Arbeit und seinen Dokumenten fallen zu lassen und eine breitestmögliche Zusammenarbeit mit allen antifaschistischen und antirassistischen Kräften zu organisieren - gleichgültig auf welcher weltanschaulichen, politischen oder religiösen Grundlage sie sonst stehen. Auch deshalb sehen wir keinen Sinn darin, Parteien aus diesem Bündnis raus zu halten. Jeder sollte doch offen Flagge zeigen können. Je bunter und breiter, desto besser. In der Praxis hat die Teilnahme von allen gesellschaftlichen Kräften und Parteien antifaschistischen Protesten nie geschadet: wer dabei war weiß das:

- ◆ da sei Wuppertal Vohwinkel 2011/2012 zu nennen
- ◆ die Solinger Proteste gegen die NPD-Stände 2009
- ◆ antifaschistische Demonstrationen in Düsseldorf und vielen anderen Städten.

Dadurch gab es breite, vielfältige, überparteiliche und starke antifaschistische Proteste – genau das, was nötig ist!

„Nun ist wieder zusammen was zusammen gehört oder die Rückkehr der verlorenen Stadtwerkeanteile“

Nachdem nicht nur SOLINGEN AKTIV sondern auch zahlreiche Bürgerinitiativen wie z.B. „Solingen gehört uns“ jahrelang scheinbar vergeblich den Rückkauf der 2001 für 250 Millionen D-Mark (125 Millionen Euro) an die MVV verkauften Rosinen im Stadtwerkekuchen gefordert hatten, wurde nun endlich dieses Ziel Wirklichkeit. Der Stadtrat beschloss gegen die Stimmen der CDU aber mit der Unterstützung des OB Feith den Rückkauf der gewinnbringenden Teile der Stadtwerke.

Für den Rückkauf mussten 116,5 Millionen Euro aufgewandt werden. Finanziert wurde diese Transaktion durch die Erlösrücklagen, die beim Verkauf der Teilbetriebe angelegt wurden und durch eine Finanzspritze der Stadtparke in Höhe von 5,5 % (12,6 Millionen).

Gleich nach dem Stadtratsbeschluss wurde von Seiten der CDU die Forderung nach einer Kürzung im Bereich Verkehrsbetriebe, insbesondere der

Busfahrzeiten in den Nachtstunden laut.

Nun wird es wohl eine Suche nach Partnern für die Stadtwerke geben, da sich die Ratsfraktionen mehrheitlich einig sind, dass es ohne Partner nicht gehen wird. Allerdings ließ man sich nicht auf eine sofortige Festschreibung nach einem strategischen Partner ein. So kann man ohne Einschränkungen suchen.

Bleibt noch anzumerken, dass Oberbürgermeister Norbert Feith (CDU) die Entscheidung zum Rückkauf der Stadtwerkeanteile gegen seine eigene Fraktion bis zum Ende durchzog.

Da das Verhältnis zu MVV immer schlechter wurde und die Stadtwerke für die städtischen Finanzen eine überaus hohe Bedeutung haben, hatte er um Zustimmung zum Rückkauf geworben. Dafür sei der umstrittene und hohe Preis vertretbar wie er auch in der vorherigen Bürgersprechstunde äußerte.



So erreichen sie uns:

Büro SOLINGEN AKTIV

**Klemens-Horn-Straße 3,
1. Stock
42655 Solingen
Telefon 22 46 366
e-mail: info@sg-aktiv.de**

Bürozeiten:

**Dienstag 10 -12 Uhr
Mittwoch 16 - 18 Uhr
Freitag 14 -16 Uhr**

Stadträtin Gabi Gärtner

**Telefon 64 54 935
e-mail:
gabigaertner@t-online.de**

www.sg-aktiv.de

Mitglied werden:

Ich möchte Mitglied bei SOLINGEN AKTIV werden und zahle einen Mindestbeitrag von:

1,00 Euro

0,50 Euro

_____ Euro (eigene Angabe)

Name: _____

Straße: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

(Ich erkenne die Grundsätze von SOLINGEN AKTIV an)

Bitte ausschneiden und einsenden an SOLINGEN AKTIV
Klemens-Horn-str. 3, 42655 Solingen